

Verfahrensleitfaden

zum Vergabeverfahren

**Dynamisches Beschaffungssystem
Ausführungsleistungen Beleuchtungsumrüstung**

Vergabenummer: VOEK 549-24

1	Leistungsverzeichnis	
2	1 Gegenstand der Vergabe: Ausführungsleistungen Beleuchtungsumrüstung	2
3	2 Die Beschaffungssysteme in den Regionen Deutschlands	3
4	3 Teilnahmeantrag zur Aufnahme in den regionsspezifischen Bewerberpool	4
5	3.1 Anforderungen an die Eignung	4
6	3.1.1 Eignungskriterien	5
7	3.1.1.1 Formale Eignung	5
8	3.1.1.2 Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung	6
9	3.1.1.3 Gesamtumsatz des Unternehmens	6
10	3.1.1.4 Unternehmensreferenzen (Mindestanforderung)	6
11	3.1.1.5 Anzahl der festangestellten Mitarbeiter	7
12	3.1.1.6 Nachweis der fachlichen Leistungsfähigkeit (Mindestanforderung)	7
13	3.1.1.7 Projektsprache (Mindestanforderung)	8
14	3.1.2 Unterauftragnehmer	8
15	3.1.3 Bewerbergemeinschaften	9
16	3.2 Einreichung der Teilnahmeanträge	10
17	3.3 Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen	13
18	3.4 Prüfung der Teilnahmeanträge und Aufnahme in den Bewerberpool	13
19	4 Angebotseinholung, Leistungssprints, Zuschlag	14
20	5 Verfahrensgrundsätze	15
21	5.1 Verfahrensart	15
22	5.2 Auftraggeberin	15
23	5.3 Verfahrenssprache	15
24	5.4 Personenbezogene Bezeichnungen	16
25	5.5 Datenschutz	16
26	5.6 Kosten-/Aufwandsersatzung	16
27	5.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	16
28	5.8 Vertraulichkeit und Datenspeicherung	16
29	5.9 Auskünfte, Vollständigkeit der Unterlagen, Bewerber-/Bieterfragen	16
30	5.10 Teilnahme am Vergabeverfahren	17
31	6 Rechtsschutz	17
32	6.1 Nachprüfungsbehörde	17
33	6.2 Rügepflichten bzw. Rechtsbehelfsbelehrung	17
34		
35		

36 **1 Gegenstand der Vergabe: Ausführungsleistungen Be-** 37 **leuchtungsumrüstung**

38 Die Auftraggeberin verwaltet bundesweit Liegenschaften diverser Bundesbehörden im Rahmen des einheitlichen Liegenschaftsmanagements. Im Zuge des gesetzlich festgeschriebenen Auslaufs der verbauten Leuchtstofflampen T5 und T8 zum 25.08.2023, bedarf es zur Aufrechterhaltung der Ausleuchtung eines vollständigen Austausches der verbauten Leuchtstofflampen durch eine LED-Beleuchtung. Diese Umstellung soll sukzessiv in einzelnen Sprints im Rahmen eines dynamischen Beschaffungsverfahrens erfolgen. Die Bauleistungen werden im Rahmen einer agilen Vorgehensweise in unterschiedlichen Umfängen der zu sanierenden Liegenschaften benötigt. Die Auftraggeberin wird die Bauleistungen für die jeweiligen Liegenschaften in einzelnen Sprints, im Rahmen eines dynamischen Verfahrens, vergeben. Dadurch soll es auch kleineren und mittleren Elektrofachbetrieben ermöglicht werden die Leistungen zu erbringen.

47
48 Die Leistungserbringung umfasst im wesentlichen Bauleistungen hinsichtlich Starkstromanlagen Kosten-
49 gruppe KG 440 (445) nach VOB 2019 in Verbindung des Ergänzungsbandes 2023 mit den ATV (Allgemeine
50 Technische Vertragsbedingungen) der VOB/C für die ausgeschriebenen Leistungen gem. Leistungsver-
51 zeichnis. Die Planungsleistungen werden aktuell in einem separaten Verfahren ausgeschrieben und beauf-
52 tragt.

53 Im Rahmen der Maßnahme sollen Beleuchtungskörper in den Büroräumen, sowie in den Fluren und Neben-
54 räumen einschließlich der Leuchtmittel demontiert werden und neue Beleuchtungskörper inkl. Leuchtmittel
55 neu montiert werden, in Teilen in Verbindung mit einer Beleuchtungssteuerung.

56 Die konkreten Bedarfe werden den Bewerbern im Rahmen der späteren Angebotsabgabe eines Leistungs-
57 sprints mitgeteilt. Mit den veröffentlichten Vergabeunterlagen wurde ein unverbindliches Musterbeispiel Lei-
58 stungsverzeichnis veröffentlicht, um einen beispielhaften Überblick über die zu erbringenden Leistungen zu
59 ermöglichen.

60

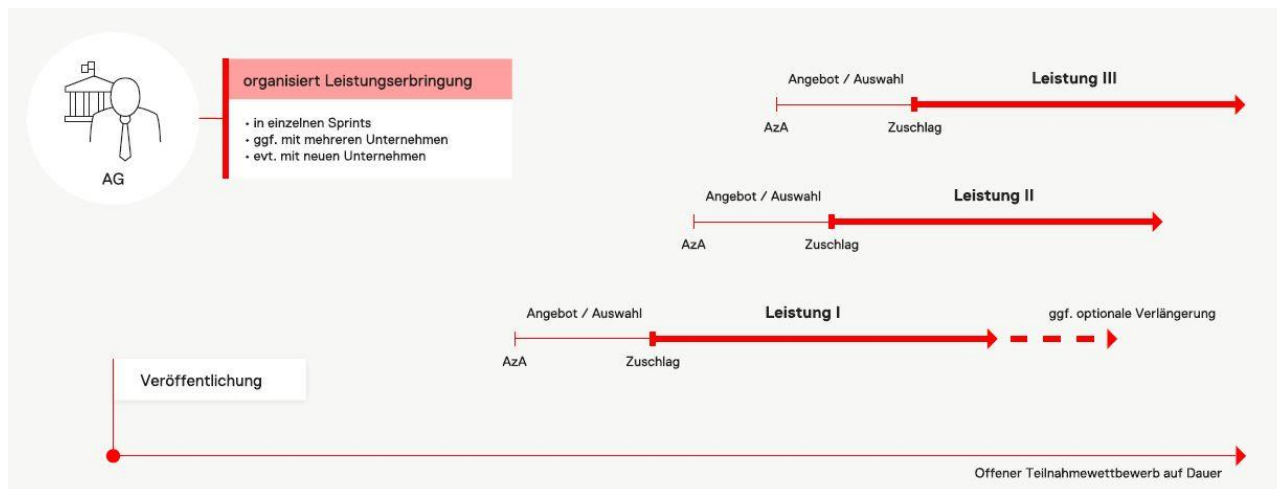
61 2 Die Beschaffungssysteme in den Regionen Deutschlands

62 Es wurden folgende 9 Regionen gebildet, in denen sich die jeweils zu erbringende Bauleistungen befinden.
63 Interessierte Unternehmen können sich für eine oder mehrere Regionen bewerben, wobei Angebotsabgaben
64 für einzelne Abrufsprünge dann auch nur in einem Teilbereich der Region möglich sind.
65



- 66
- 67
- 68 • Region 1 mit Hauptstelle in Rostock: Bundesländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern,
69 Hamburg
- 70 • Region 2 mit Hauptstelle in Berlin: Bundesland Berlin
- 71 • Region 3 mit Hauptstelle in Potsdam: Bundesland Brandenburg
- 72 • Region 4 mit Hauptstelle in Magdeburg: Bundesländer Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bremen
- 73 • Region 5 mit Hauptstelle in Dortmund / Zentrale Bonn: Bundesland Nordrhein-Westfalen
- 74 • Region 6 mit Hauptstelle in Erfurt: Bundesländer Thüringen, Sachsen
- 75 • Region 7 mit Hauptstelle in Koblenz: Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarbrücken
- 76 • Region 8 mit Hauptstelle in Freiburg: Bundesland Baden-Württemberg
- 77 • Region 9 mit Hauptstelle in München: Bundesland Bayern
- 78

79 Die konkreten Bauleistungen (Leistung I., II., usw.), also Leistungssprints werden je Region über das dyna-
80 mische Beschaffungssystem gegenüber den regional qualifizierten Bewerbern kommuniziert:
81



82

83 3 Teilnahmeantrag zur Aufnahme in den regionsspezifischen Bewerberpool 84

85 Die dynamischen Beschaffungssysteme sind dadurch gekennzeichnet, dass Unternehmen die Möglichkeit
86 haben, ihr Interesse zur Erbringung der Bauleistungen hinsichtlich einer oder mehrerer Regionen mit einem
87 Teilnahmeantrag (Bewerbung) zu bekunden. Die Auftraggeberin wird diese Bewerber in den jeweiligen regi-
88 onsspezifischen Bewerberpool bei positiver Eignungsprognose aufnehmen. Dazu im Einzelnen:

89 3.1 Anforderungen an die Eignung

90 Mit Abgabe des Teilnahmeantrags ist die Eignung wie folgt nachzuweisen:

91 Der Bewerber muss zum Nachweis seiner Eignung alle in der EU-Bekanntmachung und nachfolgend gefor-
92 derten Unterlagen, insbesondere Angaben, Erklärungen oder sonstige Nachweise, mit dem Teilnahmeantrag
93 einreichen. Hierbei ist die „Bewerberauskunft“ zu verwenden.

94 Die Auftraggeberin kann weitergehende Nachweise zu den abgegebenen Eigenerklärungen der Bewerber
95 fordern.

96 Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zum vorläufigen Nachweis der Eignung wird akzeptiert.
97 Die Vergabestelle fordert die nicht mit der EEE eingereichten Unterlagen nach.

98 Liegen bei einem Unternehmen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vor, wird der Teilnahmeantrag
99 nicht vom Verfahren ausgeschlossen, sofern das Unternehmen nachweist, dass es zureichende Maßnah-
100 men der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB ergriffen hat.

101 Die Auftraggeberin behält sich vor, über Bewerber, die in den Bewerberpool aufgenommen werden sollen
102 oder schon aufgenommen wurden, eine Vollauskunft einer Wirtschaftsauskunft einzuholen. Sollten dort zu
103 Finanzlage, Zahlungsverhalten oder sonstigen Merkmalen negative Informationen vorliegen, die auf eine
104 überdurchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Unternehmens hindeuten, wird die Auftraggeberin dem
105 Bieter im Rahmen der Aufklärung Gelegenheit geben, die Angaben auf ihre sachliche Richtigkeit zu über-
106 prüfen und ggf. Einwände und Korrekturen anzubringen.

107 Die Anforderungen an die wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit sind von Bewerbergemeinschaf-
108 ten inhaltlich nur gemeinsam nachzuweisen und nicht uneingeschränkt für jedes Mitglied der Bewerberge-

109 meinschaft (zum Beispiel Berufshaftpflichtversicherung [soweit über diese nachweislich alle Mitglieder ab-
110 gedeckt sind], Angaben zum Umsatz, Personalstärke oder Anzahl von Referenzen). Die entsprechenden
111 Angaben und Erklärungen in der Bewerberauskunft sind allerdings für jedes Mitglied der Bewerbergemein-
112 schaft jeweils einzeln abzugeben. Die weiteren Anforderungen (Angaben zum Unternehmen, Eigenerklärung
113 über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen, Auszug berufsständisches Register, Handelsregister, Ei-
114 generklärung zum Bezug zu Russland, Anzahl der Beschäftigten etc.) sind allerdings durch jedes Mitglied
115 der Bewerbergemeinschaft vollständig zu erfüllen bzw. die Nachweise und Erklärung jeweils vollständig ab-
116 zugeben bzw. vorzulegen.

117

118 Die Anforderungen an die Eignung sind - korrespondierend zum EU-Bekanntmachungstext - folgende:

119 **3.1.1 Eignungskriterien**

120 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (Bewerberauskunft) mit den Bewerbungs-
121 formblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

122 **3.1.1.1 Formale Eignung**

123

124 **a)** Angaben zum Unternehmen (möglichst unter Angabe von Namen, Sitz, Postanschrift, Rechtsform, Ge-
125 genstand des Unternehmens, Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register, gesetzlicher Ver-
126 tretung, Kontakt, Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse, gegebenenfalls zuständiger Niederlassung bzw.
127 Standort, Leistungsspektrum und Kerngeschäft des Unternehmens).

128

129 **b)** Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder vergleichbarer Registerauszug (zum Zeitpunkt der Ab-
130 gabe des Teilnahmeantrags nicht älter als sechs Monate, Kopie ausreichend). Ausländische Bieter ha-
131 ben gleichwertige Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Diese sind
132 zwingend ins Deutsche zu übersetzen. Ausnahme: Sofern der Bieter nicht zur Eintragung in das Han-
133 delsregister verpflichtet ist (z.B. bei Kleingewerbetreibenden), ist eine Eigenerklärung über die fehlenden
134 Eintragungspflicht (siehe Ziffer 2.3 des Formblattes Bewerberauskunft) einzureichen.

135

136 **c)** Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

137

138 **d)** Zuschlagsverbot bei Bezug eines Bewerbers/Bieters zu Russland: Das am 08.04.2022 veröffentlichte 5.
139 EU-Sanktionspaket im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unmittel-
140 bare Auswirkungen auf die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen – z.T. auch außerhalb der
141 EU-Vergaberichtlinien. Verboten sind demnach seit dem 09.04.2022 sowohl Auftragsvergaben an Un-
142 ternehmen mit Bezug zu Russland im Sinne der EU-Richtlinie 2022/576 als auch eine Beteiligung solcher
143 Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbrin-
144 gung des Eignungsnachweises, soweit auf diese zugezogenen Unternehmen mehr als 10 % des Auf-
145 tragswertes entfallen. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, ist vom Bewerber/Bieter
146 eine entsprechende Erklärung in der Anlage 1 „Bewerberauskunft mit Eigenerklärungen“ abzugeben.

147

148 **e)** Erklärung Bewerber-/Bietergemeinschaft: Dem Teilnahmeantrag einer Bewerber-/Bietergemeinschaft ist
149 eine Erklärung beizulegen, in der sämtliche Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft einem bevoll-
150 mächtigten Vertreter der Bewerber-/Bietergemeinschaft Vertretungsmacht im Rahmen dieses Vergabe-
151 verfahrens einräumen, insbesondere hinsichtlich der rechtsverbindlichen Abgabe und Entgegennahme
152 von Erklärungen sowie der Vornahme von Verfahrenshandlungen (Anlage 7 Bewerber-/Bietergemein-
153 schaftserklärung).

154

155 **f)** Eigenerklärung, dass im Wettbewerbsregister entsprechend § 2 Abs. 1 Nr. 4 WRegG keine rechtskräftigen
156 Bußgeldentscheidungen mit einem Bußgeldwert von wenigstens 175.000 € wegen eines Verstoßes
157 gegen § 24 Absatz 1 LkSG eingetragen sind und demnach die Voraussetzungen für einen Ausschluss
158 nach § 22 Abs. 1 LkSG nicht vorliegen. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass bei Aufträgen ab einer
159 Höhe von 30.000 Euro der öffentliche Auftraggeber für den Bewerber/ Bieter, der den Zuschlag erhalten

160 soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 6 Abs. 1 WRegG
161 einholen muss.

162

163 **g)** Wenn es sich um eine Bewerber-/Bietergemeinschaft handelt, so sind die vorstehend aufgeführten
164 Nachweise für jedes Mitglied dieser Bewerber-/Bietergemeinschaft separat einzureichen. Für ausländische
165 Bieter ist der Nachweis der Eignung auch durch gleichwertige amtliche Bescheinigungen möglich.
166 Nachweise in einer anderen als der deutschen Sprache sind mit einer beglaubigten Übersetzung abzu-
167 geben.

168

169 **h)** ggf. Anlage 6 –Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer

170

171 **3.1.1.2 Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung**

172

173 Gefordert sind eine Erklärung (siehe Bewerberauskunft) und der Nachweis über eine bestehende Berufs-
174 /Betriebshaftpflichtversicherung mit Angabe der Deckungssumme

175

176 -für Personenschäden

177 -für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden)

178

179 mit Angabe des Versicherungsunternehmens.

180

181 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den
182 Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

183

184 **3.1.1.3 Gesamtumsatz des Unternehmens**

185

186 Erklärung über den Gesamtumsatz in Euro (netto) des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen
187 Geschäftsjahren, d. h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren 2021, 2022, 2023 abgeschlossen wur-
188 den, sofern das Unternehmen länger als 3 Jahre am Markt ist. Auf Verlangen sind geeignete Nachweise
189 (z.B. Bilanzen und Jahresabschlüsse oder vergleichbare Dokumente) vorzulegen.

190

191 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den
192 Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

193

194 **3.1.1.4 Unternehmensreferenzen (Mindestanforderung)**

195

196 Der Bewerber hat Unternehmensreferenzen einzureichen, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistungen
197 mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind und die Projekte betreffen, deren Leistungen in den
198 letzten drei Jahren erbracht worden sind. Mindestens sind drei Unternehmensreferenzen einzureichen.

199

200 Durch den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft sind folgende nach ihrer Art und ihrem Umfang vergleich-
201 bare Leistungen nachzuweisen. Für die geforderten Referenzangaben stellt die Kontaktstelle ein Formular
202 (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern
203 genutzt werden soll.

204 Die Darstellung aller Referenzen muss folgende Angaben beinhalten:

205

- 206 • Name des Bewerbers oder Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, welcher die Referenz er-
207 bracht hat

- 208 • Name und Adresse des Referenzauftraggebers sowie Benennung des dortigen Ansprech-
209 partners mit Telefonnummer/E-Mail Adresse,
210 • Benennung des Referenzobjektes,
211 • Ausführungsort (Anschrift) des Referenzobjektes,
212 • Zeitraum der Leistungserbringung
213 • Angabe der Leistungsart und -umfang
214

215 Verlangt werden Angaben zu ausgeführten Referenzprojekten, die hinsichtlich Art und Umfang der Leistun-
216 gen mit den ausgeschriebenen Leistungen vergleichbar sind. Als vergleichbare Referenzen werden von der
217 Auftraggeberin insbesondere folgende Leistungen, die in den letzten drei Jahren erbracht wurden, angese-
218 hen.
219

220 Es sind drei Referenzen, die die nachfolgenden Leistungsarten abdecken und Angaben zu den Leistungs-
221 umfängen enthalten, einzureichen:
222

223 **a) Leistungsart:**

224 Bauleistungen Starkstromanlagen (VOB/C - KG 440)
225

226 **b) Leistungsumfang:**

- 227 ○ Lieferung und Montage von Leuchten/Leuchtmitteln mit und ohne Beleuchtungssteuerung
228 ○ Leitungsverlegung und Anpassung der Elektroverteilungen
229 ○ Inbetriebnahme und Funktionsnachweis Beleuchtungsmessung zum Nachweis der Anforderungen
230 gem. ASR
231 ○ Erstellung der Revisionsunterlagen und der vollständigen Projektdokumentation
232

233 **c) Mindestanforderung:**

234 Mindestens sind drei Unternehmensreferenzen einzureichen, die jeweils die Leistungsart abdecken, also
235 Bauleistungen Starkstromanlagen (VOB/C - KG 440).
236

237 **d) Beurteilung der Geeignetheit:**

238 Die positive Eignung wird – nach Feststellung der Einhaltung der Mindestanforderung - im Rahmen des
239 Beurteilungsspielraums auf Grundlage des dargelegten Leistungsumfang der eingereichten Referenzen
240 festgestellt.
241

242 **3.1.1.5 Anzahl der festangestellten Mitarbeiter**

243
244 Der Bewerber hat die jeweilige Anzahl der festangestellten Mitarbeiter bezogen auf Vollzeitstellen im Durch-
245 schnitt der letzten drei Geschäftsjahre (2021, 2022, 2023) anzugeben.
246

247 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den
248 Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

249 **3.1.1.6 Nachweis der fachlichen Leistungsfähigkeit (Mindestanforderung)**

250
251 Der Bewerber hat folgende Möglichkeiten - vgl. a) oder b) - zum Nachweis seiner fachlichen Leistungsfä-
252 higkeit:
253

254 **a) Eintragung PQ-Verzeichnis**

255 Für diesen Nachweis über die fachliche Leistungsfähigkeit sind erforderlich:
256

- 257 • Angabe der PQ-Registriernummer beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.
- 258 (präqualifizierte Unternehmen) für Elektroarbeiten (PQ-Nr. 113_04)
- 259 • Nachweis der Zulassung bei einem Energieversorger/Netzbetreiber
- 260 • Angabe der Anzahl der zum Einsatz vorgesehenen Elektrofachkräfte (Anforderungen gem. VDE
- 261 1000-10)

262

263 **b) Eintragung Handwerksrolle**

264 Für diesen Nachweis über die fachliche Leistungsfähigkeit sind erforderlich:

265

- 266 • Nachweis der Eintragung in der Handwerksrolle mit Elektrohandwerk
- 267 • Nachweis der Zulassung bei einem Energieversorger/Netzbetreiber
- 268 • Angabe der Anzahl der zum Einsatz vorgesehenen Elektrofachkräfte (Anforderungen gem. VDE
- 269 1000-10)

270

271 Erfüllt der Inhaber des Handwerksbetriebes nicht persönlich die Voraussetzungen zur Eintragung in die
272 Handwerksrolle, genügt es, einen Nachweis des eintragungsfähigen Betriebsleiters einzureichen.

273

274 Für den Fall, dass der Bewerber nicht in Deutschland ansässig ist, ist das Vorliegen der Voraussetzungen
275 für die Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks gemäß EU/EWR-Handwerk-Verordnung (Verord-
276 nung über die für Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines anderen Ver-
277 tragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz geltenden Voraus-
278 setzungen für die Ausübung eines zulassungspflichtigen Handwerks) nachzuweisen.

279

280 **c) Mindestanforderung:**

281 Der Bewerber muss über die Variante a) oder b) seine fachliche Leistungsfähigkeit nachweisen.

282

283 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den
284 Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

285

286 **3.1.1.7 Projektsprache (Mindestanforderung)**

287

288 Der Bewerber hat zu versichern, dass die Projektsprache Deutsch ist und Schriftverkehr/Textform im Zu-
289 sammenhang mit dem Projekt in deutscher Sprache erfolgt.

290

291 **Mindestanforderung:**

292 Für die geforderten Angaben stellt die Kontaktstelle ein Formular (siehe Anlage 1 Bewerberauskunft) mit den
293 Bewerbungsformblättern zur Verfügung, das von den Bewerbern genutzt werden soll.

294

295 **3.1.2 Unterauftragnehmer**

296 Unterauftragnehmer sind Unternehmen, die im Rahmen der Auftragsausführung vom Bewerber/Bieter ein-
297 gesetzt werden sollen. Der Unterauftragnehmer führt im Fall der Zuschlagserteilung bestimmte Leistungen
298 für den Bewerber/Bieter aus. Zwischen Unterauftragnehmer und der Auftraggeberin kommt keine unmittel-
299 bare vertragliche Beziehung zustande.

300 Wenn der Bewerber/Bieter beabsichtigt, Teile des Auftrags als Unterauftrag zu vergeben, muss der Unter-
301 auftragnehmer diese Teile in der Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer angeben und die dort gefor-
302 derten Unterlagen beilegen. Der Bewerber hat diese Anlagen mit dem Teilnahmeantrag einreichen.

303 Die Bewerber/Bieter werden gebeten, falls bei Abgabe des Teilnahmeantrags bereits bekannt, die Namen
304 und die Leistungen der Unterauftragnehmer) anzugeben sowie zu erklären, dass ihnen die erforderlichen
305 Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

306 Für benannte Unterauftragnehmer hat der Bewerber/Bieter durch den jeweiligen Unterauftragnehmer die
307 Bewerberauskunft mit Eigenerklärungen zu deren Ziffer 1. und 2. ausfüllen zu lassen und mit dem Teilnah-
308 meantrag einzureichen.

309 Falls ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB bezüglich eines Unterauftragnehmers erfüllt ist und
310 eine Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB der Auftraggeberin nicht nachgewiesen wurde, wird die Auf-
311 traggeberin den Austausch dieses Unterauftragnehmers verlangen.

312 Nachweis, dass der Bieter die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers/Eignungsverleihers bei der Er-
313 füllung des Auftrags zur Verfügung stehen gemäß „Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer“ – geson-
314 dert für jeden Unterauftragnehmer im Falle der Eignungslleihe.

315 **3.1.3 Bewerbergemeinschaften**

316 Bewerbergemeinschaften sind Zusammenschlüsse mehrerer Unternehmen zur Abgabe eines gemeinsamen
317 Teilnahmeantrags. Im Falle der Zuschlagserteilung im Dynamischen Beschaffungssystem kommt eine recht-
318 liche Beziehung unmittelbar zwischen der Auftraggeberin und der Bewerbergemeinschaft zustande. Die Mit-
319 glieder der Bewerbergemeinschaften haften gegenüber dem Auftraggeber als Gesamtschuldner.

320 Eine Bewerbergemeinschaft kann vertikal oder horizontal angelegt sein. Eine vertikale Bewerbergemein-
321 schaft ist eine Kooperation von Unternehmen unterschiedlicher Gewerke. Bei einer horizontalen Bewerber-
322 gemeinschaft schließen sich mehrere Unternehmen gleicher Fachrichtung zusammen.

323 Nicht jede Bewerbergemeinschaft ist rechtlich zulässig. Insbesondere sind § 1 GWB und Art. 101 Vertrag
324 über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) zu beachten. In der Regel unbedenklich sind vertikale
325 Bewerbergemeinschaft, da hierdurch der Wettbewerb nicht eingeschränkt wird. Problematisch können hin-
326 gegen insbesondere Bewerbergemeinschaft sein, an denen Unternehmen beteiligt sind, die den Auftrag
327 auch allein ausführen könnten. Hier ist gegebenenfalls eine detaillierte Prüfung erforderlich. Es wird empfo-
328 len, bei der beabsichtigten Gründung einer Bewerbergemeinschaft die Zulässigkeit rechtlich zu prüfen bzw.
329 prüfen zu lassen.

330 Bewerbergemeinschaften haben in der Bewerbergemeinschaftserklärung sämtliche Mitglieder der Bewer-
331 berggemeinschaft zu benennen und eine, von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, dass
332 die Bildung einer Bewerbergemeinschaft durch die genannten Mitglieder rechtlich zulässig ist. Sie verstößt
333 insbesondere nicht gegen § 1 GWB und Art. 101 AEUV, wenn

334 – die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft hinsichtlich der relevanten Ausschreibungsmärkte schon nicht
335 zueinander in einem potenziellen Wettbewerbsverhältnis stehen

336 oder

337 – kein Mitglied der Bewerbergemeinschaft aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse
338 (mit Blick auf Kapazitäten, technische Einrichtungen und/oder fachliche Kenntnisse) jeweils alleine für
339 sich zu einer erfolversprechenden Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot
340 hinreichend leistungsfähig ist und erst der Zusammenschluss zu einer Bewerbergemeinschaft die Mit-
341 glieder der Bewerbergemeinschaft in die Lage versetzt, ein erfolversprechendes Angebot abzugeben
342 und sich die Beteiligung an der Bewerbergemeinschaft für jedes ihrer Mitglieder als eine im Rahmen
343 wirtschaftlich zweckmäßigen und kaufmännisch vernünftigen Handelns liegende Unternehmensent-
344 scheidung darstellt.

345 Ferner ist zu erklären,

346 – dass das für die Abgabe des Angebots der Bewerbergemeinschaft sowie den Abschluss und die Durch-
347 führung des Vertrags zu benennende Mitglied der Bewerbergemeinschaft von den übrigen Mitgliedern
348 der Bewerbergemeinschaft bevollmächtigt ist, die Bewerbergemeinschaft insgesamt sowie ihre einzel-
349 nen Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich zu vertreten und mit uneingeschränkter
350 Wirkung Zahlungen entgegenzunehmen.

351 Die Bewerbergemeinschaft hat darüber hinaus auf gesondertes Verlangen der Auftraggeberin die rechtliche
352 Zulässigkeit ihrer Bildung durch geeignete und nachprüfbar Angaben anhand objektiver Kriterien und ge-
353 gebenenfalls erforderlicher Unterlagen glaubhaft zu machen, zum Beispiel durch ein entsprechendes
354 Rechtsgutachten.

355 Mit dem Teilnahmeantrag sind vom bevollmächtigten Vertreter der Bietergemeinschaft eine vollumfänglich
356 ausgefüllte „Bewerberauskunft mit Eigenerklärungen“ und etwaige Nachweise vorzulegen.

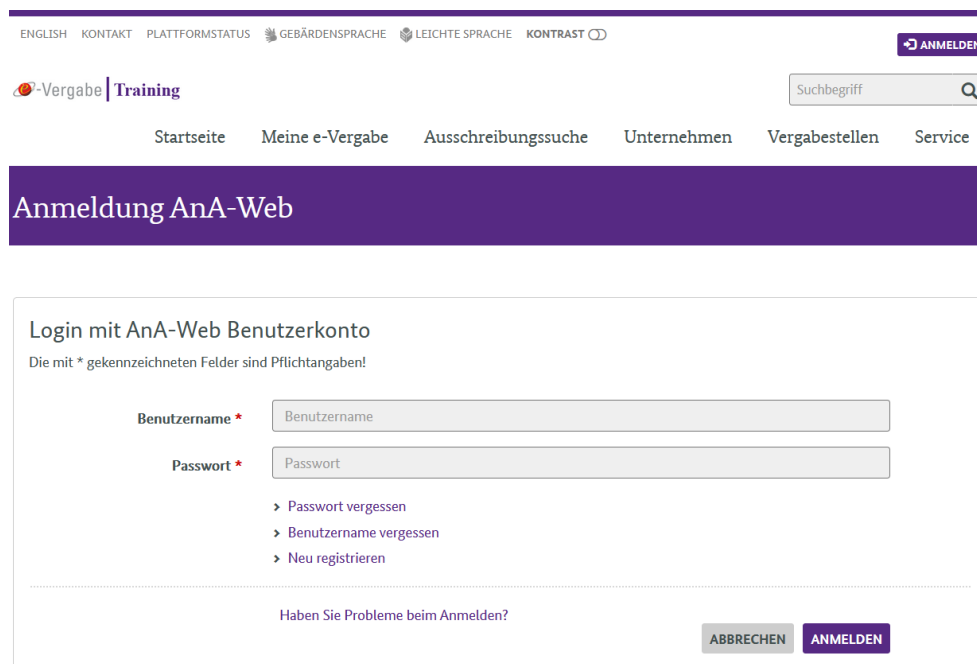
357 Für jedes weitere Mitglied einer Bewerbergemeinschaft ist jeweils eine separate Bewerberauskunft mit Ei-
358 generklärung , dort Ziffer 1 bis 3, 7 auszufüllen.

359 3.2 Einreichung der Teilnahmeanträge

360 Vor Abgabe von Teilnahmeanträgen ist eine Registrierung auf der Vergabepattform erforderlich. Die Regist-
361 rierung ist kostenlos. Ein elektronisches Signaturzertifikat ist nicht notwendig.

362 Systembedingt darf eine Bewerbung ausschließlich unter dem Menüpunkt „Vergabestelle kontaktieren“ ein-
363 gereicht werden. Der Menüpunkt „Teilnahmeanträge hochladen“ darf dabei nicht genutzt werden (Unterla-
364 gen, die darüber dennoch hochgeladen werden, können systembedingt erst nach Ablauf des festgelegten
365 Endes des Beschaffungssystems am 29.12.2028 von der Auftraggeberin eingesehen werden. Entspre-
366 chend falsch eingereichte Teilnahmeanträge können somit nicht berücksichtigt werden.)

367 Zunächst ist eine Anmeldung des Unternehmens in folgender Maske notwendig:

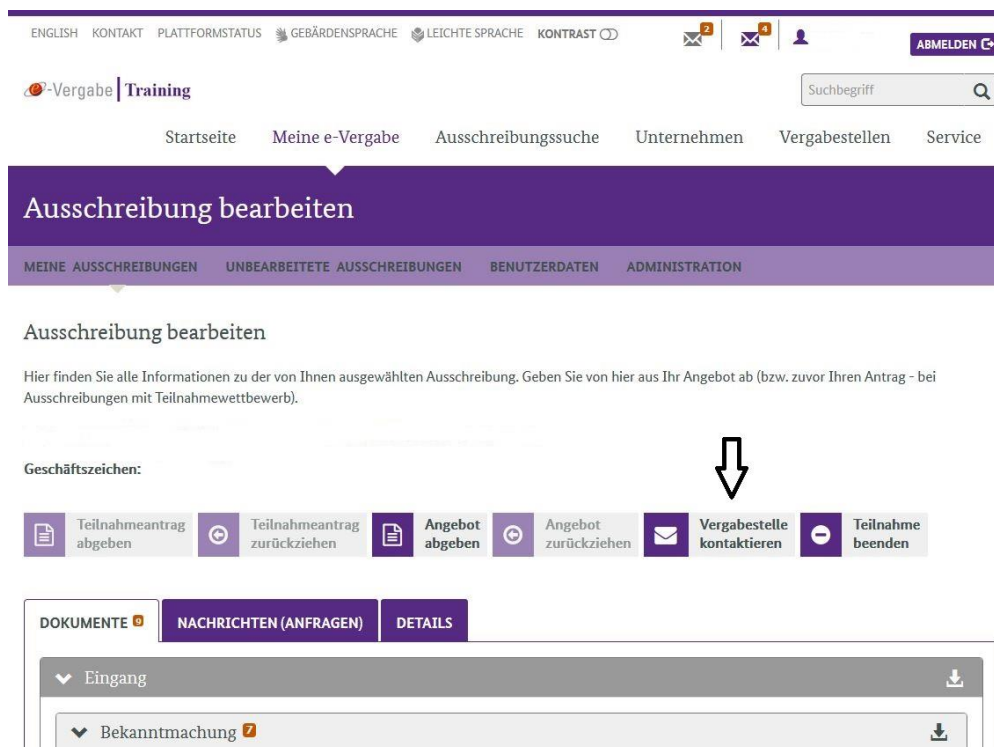


368

369 *Abbildung: Login*

370

371 Nach erfolgreichem Login gelangt das Unternehmen über den Reiter „Meine e-Vergabe“ zur Projektüber-
372 sicht und kann dann die hier vorliegende Ausschreibung anklicken und bearbeiten. In der Rubrik „Aus-
373 schreibung bearbeiten“ befindet sich dann der Reiter „Vergabestelle kontaktieren“, der dann angeklickt
374 werden muss.



375

376

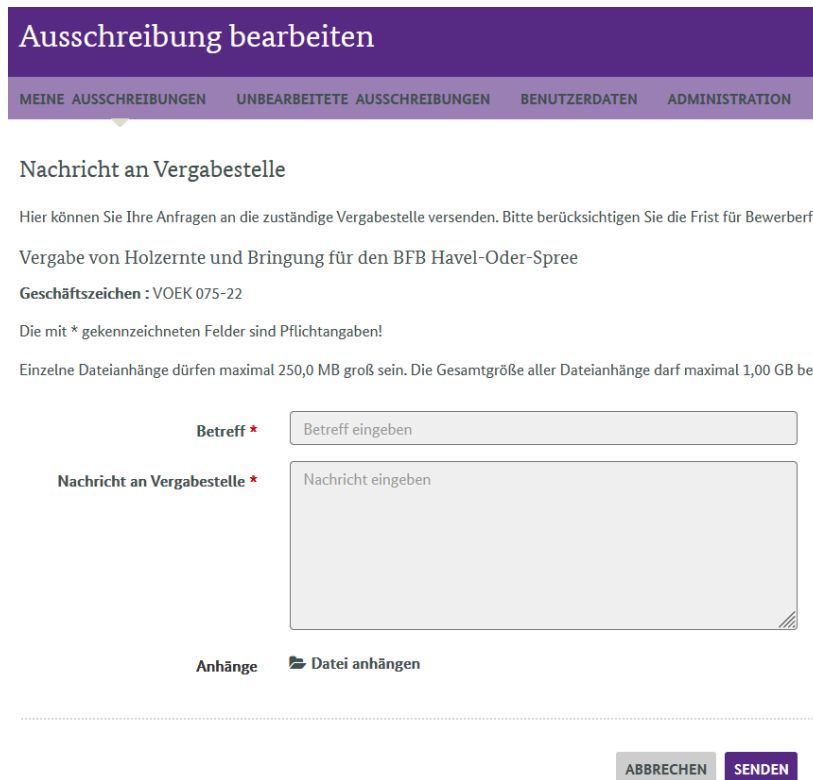
377

378

379

Abbildung: „Vergabestelle kontaktieren“

Jetzt gelangt der Bewerber zu folgender Funktion „Nachricht an Vergabestelle“.



380

381

382

Abbildung: Nachrichtenfunktion

383 Hier besteht nun die Möglichkeit, die Bewerbungsunterlagen (Teilnahmeantrag und dort bezeichnete wei-
384 tere Unterlagen) als Anlagen hochzuladen. Bewerber werden dabei darum gebeten, im Betreff „Bewer-
385 bung“ anzugeben.
386

387 Die Teilnahmeanträge können jederzeit ausschließlich über die e-Vergabe-Plattform des Bundes
388 (www.evergabe-online.de) in Textform nach § 126b BGB elektronisch (vgl. §§ 10 bis 12 VgV) über den But-
389 ton „Vergabestelle kontaktieren“ der Vergabeplattform eingereicht werden. Die Teilnahmeanträge müssen
390 nicht mit einer besonderen elektronischen Signatur versehen werden.

391 **Es wird darauf hingewiesen, dass Teilnahmeanträge aus technischen Gründen ausschließlich über**
392 **den Button „Vergabestelle kontaktieren“ der Vergabeplattform eingereicht werden können.**

393 Auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge außerhalb der e-Vergabeplattform des Bundes,
394 wie beispielsweise durch Telefax, Telegramm, Telex oder E-Mail, sind nicht zugelassen und führen zum
395 Ausschluss aus dem Vergabeverfahren.

396 Schriftlich eingereichte Teilnahmeanträge sind nicht zu gelassen und führen ebenfalls zum Ausschluss aus
397 dem Vergabeverfahren.

398 Teilnahmeanträge können nur in Textform über die Vergabeplattform eingereicht werden:
399

400 – Teilnahmeanträge in Textform

401 Angabe des Namens der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, im Unterschriftenfeld des Teil-
402 nahmeantrags

403 Die Unternehmen übermitteln ihre Teilnahmeanträge in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetz-
404 buchs mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 10 VgV.

405 Der Textform entspricht nach § 126b BGB jede lesbare, dauerhafte Erklärung, in der die Person des
406 Erklärenden genannt ist und erkennbar ist, dass die Erklärung abgegeben wurde.
407

408 – elektronische Teilnahmeanträge mit fortgeschrittener elektronischer Signatur / mit fortgeschrittenem
409 elektronischem Siegel;
410 Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages
411

412 – elektronische Teilnahmeanträge mit qualifizierter elektronischer Signatur / mit qualifiziertem elektroni-
413 schem Siegel;
414 Signatur im Unterschriftenfeld des Teilnahmeantrages
415

416 **Hinweis gemäß § 11 Abs. 3 VgV:**

417 Die zur Nutzung der e-Vergabe-Plattform einzusetzenden elektronischen Mittel sind die Clients und die We-
418 banwendung AnA-Web sowie die elektronischen Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform. Diese werden über
419 die mit „Anwendungen“ bezeichneten Menüpunkte auf www.evergabe-online.de zur Verfügung gestellt.
420 Hierzu gehören für Unternehmen der Signatur-Client für Bieter (Sig-Client) für elektronische Signaturen so-
421 wie die e-VergabeApp (Crypto-Client) zur Verschlüsselung von Teilnahmeanträgen und Angeboten. Die
422 technischen Parameter der zur Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessensbestätigun-
423 gen verwendeten elektronischen Mittel sind durch die Webanwendung AnA-Web und die elektronischen
424 Werkzeuge der e-Vergabe-Plattform bestimmt.

425 Verwendete Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren sind Bestandteil der Webanwendung AnA-Web
426 bzw. der Clients der e-Vergabe-Plattform sowie der Plattform selbst und der elektronischen Werkzeuge der
427 e-Vergabe-Plattform.

428 Weitergehende Informationen stehen auf <https://www.evergabe-online.info> bereit.
429

430 Bei technischen Fragen zur e-Vergabe-Plattform wenden Sie sich bitte an e-Vergabe HelpDesk:

431 Telefon: +49 (0) 22899 - 610 - 1234

432 E-Mail: ticket@bescha.bund.de

433 Geschäftszeiten:

434 Montag bis Donnerstag: 08:00 bis 16:00 Uhr

435 Freitag: 08:00 bis 14:00 Uhr

436

437 Änderungen und Berichtigungen des Teilnahmeantrags müssen als solche gekennzeichnet und in der für
438 die Abgabe des Teilnahmeantrags vorgeschriebenen Form eingereicht werden.

439 Die Verwendung der von der Auftraggeberin vorgegebenen Formulare ist zwingend. Die bereitgestellten
440 Formulare sind in der offenen Datei (Word) auszufüllen, eingereicht werden können die Formulare als Word-
441 Dateien oder PDF-Dateien. Hierfür stehen größtenteils freigegebene Textfelder bzw. Zellen zur Verfügung.
442 Änderungen an diesen Formularen sowie den weiteren Vergabeunterlagen sind im Übrigen unzulässig und
443 können zum Ausschluss des Teilnahmeantrags führen. Sofern weitergehende Erklärungen, Unterlagen oder
444 Nachweise mit dem Teilnahmeantrag übermittelt werden sollen, sind die Dateiformate WORD, EXCEL, JPG
445 oder PDF zu verwenden. Die im vorgenannten Sinne ergänzend eingereichten Dateien sollen möglichst
446 elektronisch durchsuchbar sein.

447 Die Auftraggeberin behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unter-
448 lagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachreichen,
449 vervollständigen oder korrigieren zu lassen. Ein Anspruch auf eine derartige Handhabung besteht nicht. Ins-
450 besondere kann die Auftraggeberin aus Gründen der Gleichbehandlung und/oder aus zeitlichen Erwägungen
451 unvollständige Teilnahmeanträge vom Vergabeverfahren ausschließen.

452 Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen. Bei ausländischen Bewerbern genügen gleich-
453 wertige Bescheinigungen des Herkunftslandes. Nicht in deutscher Sprache verfassten Dokumenten ist eine
454 beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen. Andernfalls können diese nicht berücksichtigt werden.

455 **3.3 Mit dem Teilnahmeantrag einzureichende Unterlagen**

456 Die Bewerber haben mit ihrem Teilnahmeantrag alle nach der Bekanntmachung geforderten Unterlagen ent-
457 sprechend der vorgegebenen Gliederung der für den Teilnahmeantrag vorgesehenen Formblätter vollständig
458 einzureichen. Für die Einreichung des Teilnahmeantrags sind zwingend folgende Formblätter zu verwenden:

- 459 • Teilnahmeantrag
- 460 • Bewerberauskunft mit Eigenerklärung für alle betreffenden Beteiligten
- 461 • Soweit zutreffend: Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer
- 462 • Soweit zutreffend: Formblatt Bewerbungsgemeinschaftserklärung
- 463 • Aktueller Auszug aus dem Handelsregister oder vergleichbarer Registerauszug
- 464 • Nachweis einer Berufs-/ Betriebshaftpflichtversicherung
- 465 • Ggf. Nachweis über die Eintragung in die Handwerksrolle
- 466 • Nachweis der Zulassung bei einem Energieversorger/Netzbetreiber

467

468 Weitere Angaben und Anforderungen sind den Formblättern bzw. diesen Bewerbungsbedingungen zu ent-
469 nehmen.

470 **3.4 Prüfung der Teilnahmeanträge und Aufnahme in den Be-** 471 **werberpool**

472 Nach Prüfung der Teilnahmeanträge und positiver Eignung werden die Bewerber in den Bewerberpool der
473 jeweiligen Region/Regionen aufgenommen. Die Aufnahme in den Bewerberpool erfolgt nach einer dreistufi-
474 gen Prüfung:

475 **Stufe 1:** Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvoll-
476 ständige Teilnahmeanträge, die trotz gegebenenfalls erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin
477 unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

478
479 **Stufe 2:** Anschließend werden die Teilnahmeanträge, die den formalen Anforderungen genügen, auf die
480 Erfüllung der bekanntgemachten Mindestanforderungen geprüft.

481
482 **Stufe 3:** Anschließend werden die Teilnahmeanträge gemäß den kommunizierten Eignungskriterien hin-
483 sichtlich der Geeignetheit überprüft. Auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen wird die Auftrag-
484 geberin dabei ihren Beurteilungsspielraum ausüben.

485

486 Es wird gebeten, sich bei der Einreichung auf Referenzen zu beschränken, die mit der hier aus geschriebenen
487 Aufgabe im Wesentlichen vergleichbar sind.

488 Sofern die von der Auftraggeberin geforderten Eignungsnachweise personenbezogene Daten (z.B. von Mit-
489 arbeitern eines Referenzbeauftragten) enthalten, erfolgt die diese Daten betreffende Auskunft freiwillig.
490 Eine Pflicht zur Übermittlung personenbezogener Daten besteht nicht. Die personenbezogenen Angaben
491 werden im Rahmen des Vergabeverfahrens den gesetzlichen Anforderungen entsprechend verarbeitet und
492 gespeichert.

493 Ein Bewerber, der nach dem Ergebnis dieser Prüfung als nicht geeignet angesehen wird oder die Mindest-
494 standards bezüglich der Eignung nicht erfüllt, wird nicht zum Bewerberpool zugelassen. Auch bei Nichtauf-
495 nahme in den Bewerberpool besteht bis zum Abschluss des dynamischen Beschaffungssystems weiterhin
496 die Möglichkeit für einen neuen Leistungsabruf einen neuen Teilnahmeantrag einzureichen.

497

488 **4 Angebotseinholung, Leistungssprints, Zuschlag**

499 Bewerber mit positiver Eignungsprognose werden in den regionsspezifischen Bewerberpool aufgenommen.
500 Die Auftraggeberin wird diese Bewerber zur Angebotsabgabe in der jeweiligen Region auffordern und das
501 wirtschaftlichste Angebot je Leistungssprint beauftragen. Dazu im Einzelnen:

502 **a) Aufforderung zur Angebotsabgabe**

503

504 Sobald ein konkreter Baubedarf (Leistungssprint) in einer Region besteht, werden sämtliche Bewerber aus
505 dem regionsspezifischen Bewerberpool von der Auftraggeberin aufgefordert, ein verbindliches Angebot für
506 einen Leistungssprint innerhalb einer angemessenen Angebotsfrist über die e-Vergabe Plattform abzuge-
507 ben. Mit der Angebotsaufforderung erhalten die Bewerber alle zur Angebotsabgabe notwendigen Unterla-
508 gen. Bestandteil dieser Unterlagen ist auch eine Konkretisierung der zu erbringenden Leistungen auf der
509 Grundlage des Dokumentes „Leistungsverzeichnis“.

510 **b) Angebotsabgabe**

511

512 Auf der Grundlage, der je Leistungssprint zur Verfügung gestellten Unterlagen können die zur Angebotsab-
513 gabe aufgeforderten Bewerber binnen der gesetzten Angebotsfrist über die Vergabeplattform ihre Angebote
514 einreichen.

515 **c) Zuschlagserteilung**

516

517 Der Zuschlag wird auf das jeweils wirtschaftlichste Angebot erteilt. Der je Abrufssprint wirtschaftlichste Bieter
518 wird damit zum Auftragnehmer der Auftraggeberin für diesen konkreten Leistungssprint (Einzelauftrag).

519 **d) Vertragsverhältnis je Leistungssprint**

520

521 Durch den Einzelauftrag entsteht für diesen Leistungssprint ein Vertragsverhältnis auf der Grundlage des
522 veröffentlichten Vertragsentwurfs.

523 **e) Wiederholung bei weiteren Bauleistungen**

524

525 Sobald weitere Bauleistungen (Leistungssprints) in einer Region bestehen, werden sämtliche Bewerber aus
526 dem regionsspezifischen Bewerberpool von der Auftraggeberin erneut zur Angebotsabgabe aufgefordert.

527 **f) Kosten/ Aufwanderstattung**

528

529 Für Bewerbungen und Angebote erfolgt keine Kosten- oder Aufwandserstattung.

530 **5 Verfahrensgrundsätze**

531 Diese Bewerbungsbedingungen sowie deren Anlagen enthalten, in Ergänzung zu der veröffentlichten EU-
532 Bekanntmachung, Regelungen zum Verfahrensablauf, zu den Anforderungen an die Angebote, zu den Eig-
533 nungs- und Zuschlagskriterien sowie zur Bewertung der Angebote.

534 Ein Überblick über die Inhalte der ausgeschriebenen Leistung, d.h. den Gegenstand der Vergabe, findet sich
535 unter Ziffer 1 und 2 dieses Dokuments.

536 **5.1 Verfahrensart**

537 Bei dieser Vergabe wird nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Verordnung
538 über die Vergabe öffentlicher Aufträge – Vergabeverordnung (VgV) und Teil A Abschnitt 2 der Vergabe- und
539 Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A – EU) jeweils in der aktuellen Fassung, verfahren.

540 Die Auftraggeberin schreibt die Bauleistungen im dynamischen Beschaffungssystem gemäß § 4b Abs. 1 EU
541 VOB/A iVm §§ 22 - 24 VgV in einem europaweiten Vergabeverfahren aus.

542 **5.2 Auftraggeberin**

543 Auftraggeberin ist die

544 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) - Anstalt des öffentlichen Rechts

545 vertreten durch den Vorstand

546 Ellerstraße 56

547 53119 Bonn

548 **5.3 Verfahrenssprache**

549 Die Verfahrenssprache ist Deutsch.

550 Es wird darauf hingewiesen, dass die Verfahrenssprache auch während der gesamten Vertragslaufzeit
551 Deutsch sein wird und sämtliche, für die Vertragserfüllung vorgesehenen und mit der Auftraggeberin in Kon-
552 takt stehenden Mitarbeiter wie auch etwaige Mitarbeiter anderer Unternehmen, die für die Erfüllung von Teil-
553 leistungen vorgesehen sind (Unterauftragnehmer) und Kontakt zu Mitarbeitern der Auftraggeberin haben,
554 der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein müssen.

555 **5.4 Personenbezogene Bezeichnungen**

556 Bei den in den Vergabeunterlagen verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form
557 für jegliche Art von natürlichen und juristischen Personen. Sofern nicht ausdrücklich anders bestimmt, sind
558 mit „Bewerber“ oder „Bieter“ im Weiteren sowohl natürliche als auch juristische Personen und Bewerber-
559 /Bietergemeinschaften gemeint; mit „Auftragnehmer/-in“ ist der/die Bieter/-in bzw. die Bietergemeinschaft
560 gemeint, der/die den Auftrag erhalten hat/haben.

561 **5.5 Datenschutz**

562 Die von den Bewerbern /Bietern erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Verga-
563 beverfahrens nach Maßgabe der gesetzlichen Verfahrensart verarbeitet und gespeichert. Die Bewerber/Bie-
564 ter sind damit einverstanden, dass die bekanntgegebenen personenbezogenen Angaben und übrigen Daten
565 im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert werden.

566 **5.6 Kosten-/Aufwandsersatzung**

567 Für die Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. gegebenenfalls später der Angebote sowie für die Verfah-
568 rensteilnahme erfolgt keine Kosten- oder Aufwandsersatzung.

569 **5.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

570 Bewerber/Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbe-
571 werbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

572 **5.8 Vertraulichkeit und Datenspeicherung**

573 Die Bewerber / Bieter bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften und deren Mitglieder sowie etwaige Drittunter-
574 nehmen verpflichten sich, die ihnen im Rahmen dieses Verfahrens bzw. bei Vertragsausführung bekannt-
575 werdenden Informationen vertraulich zu behandeln.

576 **5.9 Auskünfte, Vollständigkeit der Unterlagen, Bewerber-/Bie- 577 terfragen**

578 Auskünfte werden ausschließlich über die Vergabeplattform erteilt.

579
580 Die bereitgestellten Vergabeunterlagen sind vom Bewerber/Bieter unverzüglich eingehend zu prüfen. Ent-
581 halten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten oder scheinen die
582 Vergabeunterlagen nicht verständlich oder widersprüchlich bzw. unvollständig oder aus anderen Gründen
583 zu beanstanden, so hat der Bieter die Auftraggeberin hierauf unverzüglich in Textform über die Vergabeplatt-
584 form unter „Frage einreichen“ hinzuweisen.

585 Es wird auf die Regelung des § 160 Abs. 3 GWB hingewiesen, nach der einem Bewerber/Bieter, der einen
586 entsprechenden Hinweis unterlässt, die Berufung auf diesen Umstand zu einem späteren Zeitpunkt nicht
587 mehr möglich ist (Präklusion).

588 Fragen können während der gesamten Laufzeit des dynamischen Beschaffungssystems über die Vergabe-
589 plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) eingereicht werden. Anfragen, die auf anderem Weg über-
590 mittelt werden, können nicht berücksichtigt werden.

591 Die Auftraggeberin wird eingehende Fragen sowie ergänzende und berichtigende Angaben jederzeit beant-
592 worten und in Form eines Fragen- und Antwortkataloges auf der oben genannten Vergabeplattform zur Ver-
593 fügung stellen. Sofern sich an den Vergabeunterlagen aufgrund der Beantwortung von Fragen Änderungen
594 ergeben sollten, behält sich die Auftraggeberin vor, entsprechende aktualisierte Fassungen der jeweiligen
595 Dokumente auf der Vergabeplattform der Kontaktstelle zur Verfügung zu stellen.

596 Die zur Verfügung gestellten anonymisierten Fragen und Antworten werden verbindlicher Teil der Vergabe-
597 unterlagen.

598 Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erfor-
599 derlich.

600

601 Interessierten Unternehmen wird es allerdings empfohlen, sich frühzeitig auf der Vergabeplattform zu regist-
602 rieren und die Teilnahme am hiesigen Vergabeverfahren zu aktivieren, um automatisch über Informationen
603 zum Vergabeverfahren eine gesonderte Benachrichtigung zu erhalten. Ungeachtet dessen sind die Teilneh-
604 menden verpflichtet, sich während des gesamten Vergabeverfahrens regelmäßig und eigenverantwortlich
605 über den aktuellen Sachstand (zum Beispiel neue Bieterinformationen und/oder neue Unterlagen) der Aus-
606 schreibung zu informieren. Sie haben selbstständig regelmäßig zu überprüfen, ob neue Mitteilungen an der
607 bezeichneten Stelle hinterlegt wurden. Eine separate Information an die Teilnehmenden durch die Auftrag-
608 geberin erfolgt nicht. Die Mitteilungen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen und sind bei der Ausarbei-
609 tung der Teilnahmeanträge und Angebote zugrunde zu legen.

610 **5.10 Teilnahme am Vergabeverfahren**

611 Zum Vergabeverfahren werden natürliche und juristische Personen als einzelne Unternehmen (Bewer-
612 ber/Bieter) oder als Zusammenschluss von natürlichen und/oder juristischen Personen (Bewerber-/Bieterge-
613 meinschaften) zugelassen.

614 **6 Rechtsschutz**

615 **6.1 Nachprüfungsbehörde**

616 Für die Nachprüfung dieses Vergabeverfahrens ist gemäß § 159 Abs. 1 Nr. 1 GWB die

617 Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

618 Kaiser-Friedrich-Straße 16

619 53113 Bonn

620 E-Mailadresse: vk@bundeskartellamt.bund.de

621 Telefonnummer: +49(0)228 9499 0

622 Telefax: +49(0)228 9499 163

623 zuständig.

624 **6.2 Rügepflichten bzw. Rechtsbehelfsbelehrung**

625 Die Vergabeunterlagen, insbesondere diese Bewerbungsbedingungen, Leistungsbeschreibung und Vordru-
626 cke sowie die Bekanntmachung müssen nach Erhalt/Download durch die Bewerber/Bieter auf Vollständigkeit
627 und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Vergabeunterlagen oder die den Bietern mitgeteilten, überge-
628 benen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen
629 diese gegen geltendes Recht, so weist der Bewerber/Bieter die Vergabestelle unverzüglich – spätestens

630 jedoch mit der Angebotsabgabe – schriftlich darauf hin. Anderenfalls kann er sich auf die Unklarheiten oder
631 die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bewerber/Bieter als von ihm zu
632 tragende Risiken in sein Angebot einzukalkulieren.

633 Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügepflichten des Bewer-
634 bers/Bieters nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle
635 ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf
636 Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen
637 zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

638 **§ 160 GWB lautet:**

639 *„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*

640 *(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der*
641 *Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung*
642 *von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die*
643 *behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*

644 *(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*

645 *1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des*
646 *Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn*
647 *Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*

648 *2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht*
649 *spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur*
650 *Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*

651 *3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht*
652 *spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auf-*
653 *traggeber gerügt werden,*

654 *4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht ab-*
655 *helfen zu wollen, vergangen sind.*

656 *Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz*
657 *1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.“*

658

659

660

661